

# Schulkonzept: Es dauert länger als geplant

Nach Ausschusssitzung rückt Dezernentin Birk vom Terminplan ab – Land lässt Gesamtschul-Wünsche platzen

**Ursprünglich sollte die Entscheidung über die Zukunft der Trierer Schulen bis Mitte November fallen. Nun wird es wohl doch Dezember oder gar Februar bis zu einer Entscheidung des Stadtrates. „Wir suchen lieber in Ruhe eine Gesamtlösung, für die eine Mehrheit absehbar ist“, sagt Schuldezernentin Angelika Birk.**

Von unserem Redakteur  
Dieter Lintz

**Trier.** Nach der nichtöffentlichen Sitzung des Schulträger-Ausschusses zog die grüne Dezernentin sanft die Handbremse. Gutachter Krämer-Mandau werde, nachdem die Anhörungen nun abgeschlossen seien, sein Konzept um „einige B- und C-Pläne“ (Birk) erweitern. Das werde etwas länger dauern als ursprünglich vorgesehen.

Zudem melden die Stadtratsfraktionen ausführlichen Diskussionsbedarf an – nachdem sie sich im Ausschuss die Argumente aller Seiten anhören konnten. Bis zum November sei das nicht zu

schaffen, befindet Birk. Auch wenn sie weiß, dass damit die Möglichkeit verloren geht, erste Maßnahmen bereits in den kommenden Doppelhaushalt 2013/14 einzubringen.

Dass das Gesamt-Konzept renoviert werden muss, hat nicht zuletzt damit zu tun, dass das Schulministerium in Mainz dem Ansinnen, am Standort Mäusheckerweg eine zweite IGS einzurichten, bis auf weiteres eine Abfuhr erteilt hat. Die Ministerial-Experten sehen keinen ausreichenden Bedarf.

Damit fällt aber ein wesentlicher Baustein des Konzepts: Krämer-Mandau wollte am Mäusheckerweg die dortige Realschule (RS) plus mit ihrem Pendant in Trier-West zu einer neuen IGS verschweißen. Nun stellt sich die Frage, was in West passiert und wie man den gut ausgebauten, aber derzeit wenig gefragten Standort am Mäusheckerweg belegt. Die IGS vom Wolfsberg hierher verlegen, wie es den Grünen vorschwebt? Ein Grundschulzentrum für alle Nord-Grundschu-

len, wie mancher spekuliert? Da spielt alles ineinander. „Wir müssen wohl ein neues Gesamtpaket schnüren“, ahnt Angelika Birk.

Fest steht, dass der Handlungsbedarf am Mäusheckerweg groß und akut ist, weil sich für die beiden vorhandenen Schulen die Existenzfrage stellt. Birk will noch in diesem Monat eine Sondersitzung des Schulträger-Ausschusses anberaumen, der entscheiden soll, ob man in Mainz die vom Gymnasium geforderte Abschaffung der gemeinsamen Orientierungsstufe der RS plus und des Friedrich-Spee-Gymnasiums beantragt. Eine klare eigene Position ist der Grünen-Politikerin nicht zu entlocken.

Ein deutlich stärkerer Akzent als bisher soll bei den Beratungen auf die weiterführenden Schulen gelegt werden. Gymnasien und Berufsbildende Schulen waren im Rahmen einer betont sachlichen Debatte am Dienstag im Ausschuss offensiv aufgetreten und hatten auf eigene Probleme wie den massiven Raumangel aufmerksam gemacht.

MEINUNG  
DIETER  
LINTZ

Trierischer Volksfreund  
13.09.2012 Seite 7



## *Trier entscheidet nicht allein*

Wenn es bei der Verschiebung nur darum geht, die notwendige Zeit zu gewinnen, um eine Konsens-Lösung zu finden, dann ist das vernünftig. Wäre es dagegen der Beginn eines Verschiebebahnhofs, an dessen Ende von einem runden Konzept nur noch ein paar Fetzen übrig bleiben, wäre es eine Katastrophe.

Der bisherige Verlauf der Debatte gibt zu Hoffnung Anlass. Die meisten Fraktionen haben verstanden, dass ein „weiter so“ die ohnehin prekäre Situation der städtischen Schulen dramatisch verschärfen würde – so weit ist Berater Krämer-Mandau immerhin durchgedrungen. Da sollte man auch die Mühe und die Zeit investieren, nach

einem Konsens zu suchen.

Allerdings zeigt die IGS-Absage, dass es neben allen Trierer Akteuren mit Bildungsministerium und Schulaufsicht noch weitere Entscheidungsträger gibt. Die Signale, die aus Mainz und von der ADD kommen, sind widersprüchlich. Einerseits fordert man konsequentes Sparen und detaillierte Planung. Andererseits scheint man durchaus gewillt, die Trierer Pläne, wenn sie denn nicht passen, zu torpedieren. Das wäre schizophren. Es kann nicht Aufgabe der ADD sein, bis in kleinste kommunalpolitische Entscheidungen wie etwa den Standort einer Grundschule hineinzuregieren.

[d.lintz@volksfreund.de](mailto:d.lintz@volksfreund.de)